

EU-Kommission stellt Daseinsvorsorge in Frage	2
BehördenmitarbeiterInnen bilden sich über fremde Kulturen	2
Studie: Stress macht LehrerInnen krank	3
Berlin: Ver.di klagt gegen längere Arbeitszeit	4

INFORMATIONEN

für Beamtinnen und Beamte

www.beamten-informationen.de

Länder kündigen Tarifgemeinschaft

Getrennt verhandeln

Die Länder wollen für den öffentlichen Dienst in Bund, Ländern und Gemeinden keine einheitlichen Tarife mehr aushandeln. Sie haben, wie Bayerns Finanzminister Kurt Faltlhauser (CSU) verkündete, die Verhandlungsgemeinschaft mit Bund und Kommunen aufgekündigt, um ab kommenden Jahr getrennt mit den Gewerkschaften über die Entgelte für ArbeiterInnen und Angestellte zu verhandeln. Ver.di-Vorstand Kurt Martin warf den Ländern Vertrauensbruch vor. Der Vorstoß stehe „in krassem Gegensatz“ zu der gemeinsamen Prozessvereinbarung, das Tarifrecht zu vereinheitlichen und zu vereinfachen.

Das Saarland will aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) austreten, wenn die TdL nicht reformiert wird. Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) fordert ein Vetorecht für finanzschwache Länder. Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt befürworten eigene Tarifverhandlungen der Länder. In Baden-Württemberg wird der Ausstieg laut Finanzminister vollzogen, wenn „anders keine Möglichkeit besteht, die Tarifsituation in unserem Sinne zu verändern“. Berlin hat im Januar auch fristlos dem kommunalen Arbeitgeberverband gekündigt, um den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nicht übernehmen zu müssen. Die Länder wollen – wie bei Beamtinnen und Beamten beabsichtigt – auch bei Angestellten und ArbeiterInnen Weihnachts- und Urlaubsgeld kürzen können. Die entsprechenden Tarifverträge sollen zum 30. Juni gekündigt werden.

DGB schreitet gegen Öffnungsklauseln ein

Sehrbrock verlangt Klarheit von Eichel

DGB-Vorstandsfrau Ingrid Sehrbrock will von Hans Eichel (SPD) Auskunft über Sonderopfer bei Bundesbeschäftigten. Die Ministerpräsidenten fordert sie auf, den Tarifvertrag für Beamtinnen und Beamte zu übernehmen. Dafür demonstrierten in Pforzheim rund 12.000 Menschen.

„Ich halte es für angebracht, im Interesse der Beschäftigten eindeutig zu erklären, welche Sonderopfer den Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr aufgebürdet werden sollen“, schreibt DGB-Bundesvorstandsmitglied Ingrid Sehrbrock an Bundesfinanzminister Hans Eichel. Er will das Weihnachts- und Urlaubsgeld der Bundesbeamtinnen und -beamten angeblich schon dieses Jahr kürzen. Beim Weihnachtsgeld für die Beschäftigten und VersorgungsempfängerInnen könnte er rund eine Milliarde Euro einsparen. Sehrbrock erinnert daran, dass Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Beteiligungsgespräch mit den Gewerkschaften betont habe, die Pläne zu Öffnungsklauseln sollten die aktuelle Besoldungsrunde nicht konterkarieren. „Eine einheitliche Linie der Bundesregierung ist nicht zu erkennen“, stellt sie fest.

Über die Öffnungsklauseln, wodurch die Länder die Höhe der Sonderzuwendungen selbst bestimmen können, entscheidet der Bundestag noch. Das Kabinett hat sie am 21. Mai mit dem Entwurf zum Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz gebilligt. In einem Brief fordert Sehrbrock die innen-

politischen Sprecher aller Fraktionen auf, sich gegen Öffnungsklauseln auszusprechen. Sie will erreichen, dass der Innenausschuss die Gewerkschaften anhört.

Den Ministerpräsidenten der Länder schlägt sie „statt einseitiger Zwangsmaßnahmen“ vor, mit ihren Beamtinnen und Beamten über „ausdrücklich freiwillige Sanierungsbeiträge“ zu sprechen.

Sehrbrock fordert die Landeschefs zudem auf, den Entwurf der Bundesregierung zur Besoldung zu übernehmen und keine weitere Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten vom Tarifbereich zuzulassen. Der Entwurf überträgt das Tarifergebnis um drei Monate verzögert auf sie.

Sehrbrock forderte auch, parallel zu den Verhandlungen über ein modernisiertes Tarifrecht mit den Gewerkschaften über das Beamtenrecht zu verhandeln.

Für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme und gegen Öffnungsklauseln demonstrierten am 24. Mai erstmals DGB und Deutscher Beamtenbund beim CDU-Parteitag in Pforzheim. Mit Öffnungsklauseln sei „der politischen Willkür und einer Bezahlung nach Gutsherrenart und Kassenlage Tür und Tor geöffnet“ – auch im Tarifbereich, warnte der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener vor rund 12.000 Demonstrierenden. Die Beamtinnen und Beamten ließen sich nicht durch eine „verfehlte Haushaltspolitik“ der Landesregierung auspressen.

 DGB-Entschlüsse zur Besoldungsanpassung und zu Öffnungsklauseln beim Weihnachts- und Urlaubsgeld: www.dgb.de/themen



Grünbuch der EU-Kommission zur Daseinsvorsorge Fragen statt Regeln

Die von europäischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden des öffentlichen Dienstes geforderte Richtlinie zur öffentlichen Daseinsvorsorge lässt weiter auf sich warten. Statt einer Richtlinie präsentiert die Europäische Kommission in einem Grünbuch neue Fragen zur Daseinsvorsorge, den so genannten Dienstleistungen von allgemeinem Interesse.

Die Kommission betont, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse einen Grundwert in der Gemeinschaft darstellen und hebt ihre Bedeutung für die Grundrechtsausübung hervor. Sie sieht sie aber zugleich in einem Spannungsverhältnis zur Marktwirtschaft und den Wettbewerbsregeln des Binnenmarktes. Liberalisierungen, zum Beispiel in den Bereichen Telekommunikation oder Energie, seien bisher erfolgreich verlaufen und hätten zu günstigeren Preisen und mehr Arbeitsplätzen geführt. Daraus ergeben sich für die Kommission dreißig Fragen – dazu, ob die Daseinsvorsorge in den Zielkatalog der Gemeinschaft aufgenommen werden soll, ob ein einheitlicher Rechtsrahmen überhaupt notwendig ist und ob dieser einen zusätzlichen Nutzen neben sektoralen Regeln hat.

Für den DGB liegt der Verdacht nahe, dass die Kommission der Frage einer Rahmenrichtlinie ausweichen will. Europäische Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Europäische Verband öffentlicher Unternehmen hatten sie bereits 2001 gefordert. EU-Parlament und Europäischer Rat schlossen sich an.

Aus Sicht des DGB gibt die Kommission dem allgemeinen Wettbewerbsrecht und sektoralen Regelungen den Vorzug. Damit stelle sie jedoch die Weichen für einen stärkeren Abbau öffentlicher Dienste. Die Kommission fordert alle Beteiligten auf, sich bis zum 15. September zu den Fragen zu äußern.



Grünbuch und Diskussionsforum im Internet unter: <http://europa.eu.int/>

BehördenmitarbeiterInnen bilden sich über ausländische Kulturen

Kulturell kompetent

Führungskräfte aus der rheinland-pfälzischen Verwaltung haben bei einem Pilotprojekt trainiert, Konflikte und Kommunikationsprobleme mit Zuwanderern zu lösen.

Interkulturelle Kompetenz der VerwaltungsmitarbeiterInnen trägt zu effizienterer, schnellerer und konfliktfreierer Arbeit bei. Dieses Fazit zieht die rheinland-pfälzische Ausländerbeauftragte Maria Weber nach dem dreijährigen Pilotprojekt „Interkulturelle Kompetenz für Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung“. An der wissenschaftlich begleiteten Fortbildung nahmen 16 Führungskräfte teil.

Weber erachtet interkulturelle Kompetenz als bedeutsam für die VerwaltungsmitarbeiterInnen, um den Anforderungen ihrer zunehmend ausländischen Klientinnen und Klienten gerecht werden zu können und Konflikte zu vermeiden. „Völlige Abhängigkeit der Migrantinnen und Migranten von den Entscheidungen und Vorgaben der Behörden“ ließen die BehördenmitarbeiterInnen „schnell ins Kreuzfeuer geraten“, heißt es in der Projektdokumentation.

Das Training bezog sich nicht nur darauf, sprachliche Schwierigkeiten zu bewältigen.

Die TeilnehmerInnen sollten lernen, das Denken und Handeln anderer Kulturen nachzuvollziehen und kulturelle Traditionen zu tolerieren. Sie übten vor allem Kommunikation und Konfliktbewältigung – Methoden, die auch bei der Mitarbeiterführung helfen sollten.

In landesweiten Seminaren soll das Projekt nun fortgeführt werden – allerdings müssten die Kommunen die Kosten übernehmen. Die Kreisverwaltung Germersheim will allen MitarbeiterInnen Lehrgänge anbieten. Weber räumt allerdings ein, wenn die MitarbeiterInnen sich kulturelle Kompetenz aneignen sollen, müsse ihnen „der Gewinn für ihre tägliche Arbeit“ klar gemacht werden. Sie setzt sich dafür ein, dass interkulturelle Kompetenz nicht nur bei Fortbildungen, sondern bereits in der Ausbildung vermittelt wird. Sie weist auch darauf hin, dass ausländische MitarbeiterInnen, „gerade in Bereichen der Verwaltung mit hohem Publikumsverkehr viel dazu beitragen könnten, Konflikte zu vermeiden“. Sie seien im öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz immer noch unterrepräsentiert.



Die kostenlose Projektdokumentation „Klimmzüge im Amt? Es geht auch ohne!“ kann angefordert werden unter LBA@stk.rlp.de.

„Wenn mal was passiert, möchte ich Sicherheit haben.“

Wir sind der größte Versicherer des Öffentlichen Dienstes. Mehr Informationen über die günstigen Versicherungs- und Bausparangebote der HUK-COBURG erhalten Sie unter 0 95 61 / 96 51 51 oder per Internet unter www.HUK.de. Unsere Vertrauensleute, Kundendienstbüros und Geschäftsstellen finden Sie im Telefonbuch unter „HUK-COBURG“.

HUK-COBURG
Da bin ich mir sicher

Studien zur psychischen Belastung von LehrerInnen

Schule macht krank

Ein Drittel der Pädagoginnen und Pädagogen überfordert sich, ein Fünftel zeigt schwere gesundheitliche Schäden. Das stellten Psychologen bei zwei Studien zur Gesundheit von LehrerInnen fest.

LehrerInnen sind durch Stress im Beruf stark gesundheitlich beeinträchtigt. Zu diesem Ergebnis kommen zwei Studien der Universität Freiburg und des Potsdamer Psychologie-Professors Uwe Schaarschmidt. Zeichen von Selbstüberforderung und Ausgebranntheit – das Burn-Out-Syndrom – seien bei Pädagoginnen und Pädagogen überproportional hoch. Ein Drittel der Lehrkräfte zeigt Schaarschmidt zufolge exzessive Verausgabung, verminderte Erholungsfähigkeit und eingeschränkte Belastbarkeit. Besonders häufig komme dies an Grundschulen und ostdeutschen Gymnasien vor. Frauen seien stärker betroffen als Männer.

An Schaarschmidts Studie waren 7.000 LehrerInnen aus Deutschland beteiligt. Ähnliche Ergebnisse hatte er zwischen 1995 und 1999 bei einer Untersuchung mit LehrerInnen aus Deutschland, Österreich und Polen erzielt. Als besonders belastende Arbeitsbedingungen erleben die LehrerInnen

regionenübergreifend schwierige Schüler, Stundenzahl und Klassenstärke.

Eine erhöhte Pflichtstundenzahl wird Schaarschmidt zufolge vor allem dann „zum spürbaren Belastungsfaktor, wenn damit die Wirkung besonders problematischer Arbeitsbedingungen“ wie zu großer Klassen verlängert wird. „Diese Bedingungen werden auch von den gesündesten LehrerInnen als besonders belastend erlebt“, stellt Schaarschmidt fest.

Ein Fünftel der Pädagoginnen und Pädagogen sind den repräsentativen Untersuchungen der Freiburger Universitätsklinik zufolge durch Stress „schwer gesundheitlich beeinträchtigt und medizinisch behandlungsbedürftig“. Der Internist und Psychotherapeut Joachim Bauer, der das seit zwei Jahren laufende Projekt mit mehreren hundert Freiburger LehrerInnen leitet, fordert Unterstützung für die Lehrkräfte. Schaarschmidt schlägt Entspannung außerhalb des Schulalltags sowie sozialkommunikative Angebote wie Aussprachemöglichkeiten im Team und Supervision vor. Unter präventiven Gesichtspunkten sei eine wirklichkeitsnahe Berufsvorbereitung der LehrerInnen erforderlich, die Eignungs- und Anforderungsprofil berücksichtige.

**ANGERISSEN**

In Rheinland-Pfalz entscheidet ab kommendem Schuljahr statt des Bildungsministeriums der Leiter an Gymnasien, Berufs- oder Gesamtschulen über die **Beförderung** von LehrerInnen.

Mit einer Mitgliederbefragung startet ver.di die **arbeitszeitpolitische Initiative** „Wem gehört die Zeit?“. Beim Auftakt am 25. Juni ist der Bereich Beamtinnen und Beamte vertreten.

Die GEW fordert, jede zweite Professur mit einer Frau zu besetzen. Der **Frauenanteil** an deutschen Hochschulen liege bei 19 Prozent, gegenüber 26 Prozent in der Europäischen Union.

Fragen zur Steuer können BürgerInnen bei "C@ll NRW SteuerSpecial" jeden Freitag telefonisch, per E-Mail oder im Live-Chat mit der **Steuerverwaltung** erörtern.

Mecklenburg-Vorpommern erarbeitet in einem „Masterplan E-Government“ technische Standards, damit Behörden ihren **Schriftverkehr** untereinander elektronisch abwickeln können.

Die **Bundestarifkommission** für den öffentlichen Dienst hat Gespräche mit den Arbeitgebern über eine Neugestaltung des Tarifrechts begonnen.

MitarbeiterInnen kann in der **Pro-bezeit** gekündigt werden, auch wenn sie sich gemobbt fühlen, so Hessens Landesarbeitsgericht im Fall einer städtischen Angestellten (Az 12 Sa 561/02).

Exklusiv für Deutschlands öffentlichen Dienst!

BSA-Versorgungswerk:

Versichert sein – und Beitrag sparen!

Dem BSA* sei Dank! Jetzt gibt es Versicherungsschutz für BSA-Mitglieder mit spürbaren Beitragsvorteilen von bis zu 5,5%. Beim privaten Rundumschutz. Bei der Altersvorsorge. Bei der Dienstunfähigkeitsabsicherung – z.B. mit dem Einkommen-Sicherungsplan. Und – neuerdings – auch bei der privaten Krankenversicherung.

Profitieren auch Sie von einer Mitgliedschaft im BSA! Sicherheitshalber.

* Das BSA-Versorgungswerk ist eine Gründung des für die Vermittlung von Einkaufsvorteilen bekannten BSW Verbraucher-Service in Zusammenarbeit mit der DBV-Winterthur.

NEU: Jetzt auch Beitragsvorteile bei der privaten Krankenversicherung!

DBV-Winterthur Versicherungen
Frankfurter Straße 50
65189 Wiesbaden
Telefon (01 80) 3 20 21 46
Telefax (01 80) 3 20 21 47

Die Unkomplizierten.

DBV-winterthur



Das Renten Plus

www.Das-RentenPlus.de

INTERNETVERZEICHNIS

www.klinikverzeichnis-online.de

Die Internetplattform für Heilkuren, Kliniken, Beihilfevorschriften und PKV

www.dbw-online.de

DBW-Ratgeberreihe für Beschäftigte im öffentlichen Dienst / Sektor

– Anzeige –

LANDESNACHRICHTEN Berlin

Klage

Die DGB-Gewerkschaften klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Arbeitszeiterhöhung für Beamtinnen und Beamte in Berlin. Die Verordnung dazu sei ohne ordnungsgemäße Beteiligung der Gewerkschaften und Personalvertreter erlassen worden, begründete der Berliner DGB-Vize Bernd Rissmann den Schritt. Der Senat hatte im Januar die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten von 40 auf 42 Stunden erhöht und die Pflichtstundenzahl angestellter LehrerInnen heraufgesetzt.



Siehe Beamten-Info 2/2003 und 4/2003.

LANDESNACHRICHTEN Niedersachsen

Neue Organisation

Im ersten Schritt der Polizeireform löst Niedersachsen die vier Polizeidezernate aus den Bezirksregierungen heraus. Wie Innenminister Uwe Schünemann (CDU) mitteilte, soll es sechs Polizeidirektionen geben. Eine Direktion solle nicht mehr bis zu zehn Mal so viele Einwohner wie eine andere betreuen, sondern höchstens noch eineinhalb Mal so viele. Auch die Personalzahl der Behörden werde ausgeglichen. Hunderte Beamtinnen und Beamte mit Führungsaufgaben will

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Abt. Öffentlicher Dienst/Beamte,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Tel.: 0180/583-5226,
Fax: 0180/532-9226
infoservice@beamten-informationen.de
www.beamten-informationen.de
Verantwortlich für den Inhalt: Ingrid
Sehrbrock; Redaktion: Barbara Haas,
Uwe Tillmann; Druck: toennes satz +
druck gmbh, erkrath;
Gestaltung: twmd GmbH

Schünemann „für das operative Geschäft frei machen“. Die 18.000 Polizistinnen und Polizisten würden durch 1.000 junge verstärkt. Die Umorganisation soll Anfang 2004 beginnen. Die GdP signalisierte, sie sperre sich nicht gegen „notwendige Reformen, wenn sie nachvollziehbar und begründbar sind“. Sie will allerdings informiert und beteiligt werden. Eine Arbeitsgruppe hat bereits 14 Thesen zur Neuorganisation verfasst.

LANDESNACHRICHTEN Hamburg

Weiter mitbestimmen

Ver.di weist Pläne der Hamburger FDP über eingeschränkte Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst zurück. „Die Beteiligung der Personalräte und die Arbeit von Schlichtungsstellen haben sich bewährt“, hält ver.di-Landeschef Wolfgang Rose dagegen. „Die Gewerkschaften werden auch weiterhin ihre Arbeit als demokratische Interessenvertretung von ArbeitnehmerInnen

machen“. Der FDP-Fraktionschef Burkhardt Müller-Sönksen hatte Reformpläne zum Personalvertretungsgesetz angekündigt.

LANDESNACHRICHTEN Nordrhein-Westfalen

Prämierte Ideen

Mit Verbesserungsvorschlägen haben sich 63 MitarbeiterInnen der nordrhein-westfälischen Landesverwaltung Prämien von insgesamt 52.880 Euro verdient. Sie waren die ersten Preisträger des im Januar 2002 eingeführten „Ideenmanagement“, dem Nachfolger des „Behördlichen Vorschlagwesens in der Landesverwaltung“. Eine Idee der Polizei für eine Softwareanwendung spart voraussichtlich drei Millionen Euro innerhalb von drei Jahren. Neue Ideenwettbewerbe sollen sich mit Modernisierungsthemen befassen. Der erste beginnt am 1. Juli.



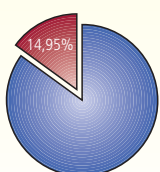
Hinweise zum Ideenmanagement unter www.im.nrw.de/inn/141.htm#.

7 3 8 2 ZAHLEN.DATEN.FAKTEN

Altersteilzeit bei Tarifbeschäftigten, Beamtinnen und Beamten 2001

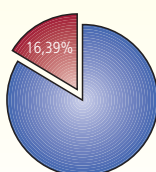
Altersteilzeit bei Tarifbeschäftigten ab 55 Jahren

Gesamtbeschäftigte
Frauen = 230.088



■ Anteil der Frauen in Altersteilzeit

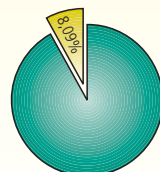
Gesamtbeschäftigte
Männer = 213.183



■ Anteil der Männer in Altersteilzeit

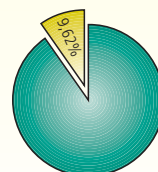
Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten ab 55 Jahren

Gesamtbeschäftigte Beamtinnen
und Richterinnen = 67.000



■ Anteil der Beamtinnen und Richterinnen in Altersteilzeit

Gesamtbeschäftigte Beamte
und Richter = 202.761



■ Anteil der Beamten und Richter in Altersteilzeit

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DGB, Juni 2003

Frauen nehmen Altersteilzeit weniger in Anspruch als Männer. Im Vergleich zum Beamtenbereich ist die Altersteilzeit im Tarifbereich stärker ausgeprägt. Dies könnte mit den restriktiven Bestimmungen einiger Bundesländer zur Altersteilzeit bei Beamtinnen und Beamten zusammenhängen.

LANDESNACHRICHTEN Bremen

Überleitung

Bremen führt die zweigeteilte Polizeilaufbahn ein. Die Bürgerschaft hat noch vor der Wahl am 25. Mai ein Gesetz zur beschleunigten Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst verabschiedet. Jeweils zum 1. Oktober werden Polizeihauptmeister (Besoldungsgruppe A 9), die das 38. Lebensjahr vollendet haben, zu Polizeikommissaren (A 9) übergeleitet. Der Senat soll bis Oktober ein Gesamtkonzept vorlegen, das auch PolizeimeisterInnen und -obermeisterInnen (A 7 und A 8) berücksichtigt. Die GdP hatte eine Vorlage für das Gesetz zur zweigeteilten Laufbahn erarbeitet.